

Bezugsbedingungen und Anzeigenpreise sind in der Morgenausgabe angegeben
Redaktion: SW. 68, Lindenstraße 3
Fernsprecher: Dönhoff 292 - 293
Tel.-Adresse: Sozialdemokrat Berlin

Vorwärts

Berliner Volksblatt

Zentralorgan der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands

Verlag und Anzeigenabteilung:
Geschäftszeit 8 1/2 bis 5 Uhr
Verleger: Vorwärts-Verlag GmbH,
Berlin SW. 68, Lindenstraße 3
Fernsprecher: Dönhoff 292 - 293

Mexiko gegen den Oelimperialisimus.

Die Durchführung der anti-amerikanischen Bodengesetze angeündigt.

New York, 26. November. (TA.) In Mexiko-City veröffentlichen die Blätter eine amtliche Erklärung, die besagt, daß die Oel- und Landgesetze vom 1. Januar ab streng durchgeführt werden sollen.

Der mexikanische Staatssekretär des Auswärtigen, Saenz, erklärte, daß der nächste Schritt nunmehr von Washington ausgehen müsse. 33 Senatoren haben dem Präsidenten Calles eine Zustimmungserklärung zu seiner Politik übermittelt.

Washington über die nächsten Schritte geteilter Meinung.

Washington, 26. November. (EP.) In politischen Kreisen erklärt man, daß die amerikanisch-mexikanische Spannung nicht vor Ende dieses Jahres akut werden dürfte, da die mexikanische Grundbesitzgesetzgebung erst bei Beginn des neuen Jahres in Kraft treten wird.

Amerika kein Kriegsgewinner!

Der amerikanische Botschafter in Berlin, Schurmann, der soeben aus Amerika zurückgekehrt ist, erklärte auf einem von der

amerikanischen Kolonie in Berlin veranstalteten Essen, daß die von Europa den Vereinigten Staaten geschuldeten Kriegsschuldbeträge in Wirklichkeit von den Amerikanern bezahlt würden, die Reisen nach Europa unternahmen.

Außerdem ist Amerika bereit, sich bei der Bezahlung der Kriegsschulden mit einem Betrage zu begnügen, der nur 60 Prozent der ursprünglich geschuldeten Summe beträgt.

Der Botschafter wandte sich gegen den Gedanken, als sei der Krieg die Ursache der wirtschaftlichen Blüte in Amerika gewesen. Die Regierung der Vereinigten Staaten habe allein 50 Milliarden Dollar verloren, für die Amerika jedoch weder Reparationen noch Gebietserweiterungen gefordert habe.

Das Reich verschenkt Gelder.

Der „Kauf“ der DAZ wird zur Groteske.

Seit der „Sozialdemokratische Pressedienst“ das Geheimnis des Ankaufs der DAZ durch das Reich aus Dispositionsmitteln des Auswärtigen Amtes und der Reichskanzlei bekanntgemacht hat, sind von „zuständiger Stelle“ der Reichsregierung wiederholt Erklärungen und Auslegungen erfolgt, wobei immer ein Seitenhieb auf Preußen abfiel.

Könnte man sich den Widerspruch zwischen den beiden Darstellungen bisher nicht erklären, so ist das vielleicht jetzt möglich nach der Veröffentlichung, die der Aufsichtsrat des Zeitungsverlages heute in der „DAZ“ vornimmt.

1. Der Verlag und die Redaktion des Blattes sind durch den Aufsichtsrat über den Besitzwechsel nicht unterrichtet worden. Der Aufsichtsrat hatte Anlaß zu der Annahme, daß eine solche Information dem Vorbesitzer und dem Erwerber der Aktienmehrheit nicht erwünscht sei.

2. Von den „Verpflichtungen“, welche die preussische Regierung bei dem Besitzwechsel dem Erwerber bezüglich der politischen Haltung des Blattes auferlegt haben soll, hat der Aufsichtsrat erst später erfahren.

3. Der Aufsichtsrat hat nach seiner Konstituierung niemals einen Zweifel darüber gelassen, daß irgendwelche Eingriffe in die Unabhängigkeit der Redaktion von ihm nicht gebildet werden würden.

Tatsächlich ist von dem Erwerber der Aktienmehrheit auch niemals ein Versuch unternommen worden, in die Unabhängigkeit des Blattes einzugreifen.

Diese Erklärung ist unterzeichnet von Salinger, Bernhard Humann (Kassier) und Vertrauensmann von Hugo Stinnes! Red. d. „D.“, Dr. Weber.

Salinger und Weber sind jene Herren, die als Vertrauenspersonen der preussischen Regierung den Erwerb der DAZ mit dem Zeitungsanhängsel vollzogen und in dieser Eigenschaft auch im Aufsichtsrat verblieben.

Der Aufsichtsrat gibt zu, der Redaktion und dem Verlag den Besitzwechsel verschwiegen zu haben.

Es ergibt sich also der mehr als groteske Zustand, daß sowohl Preußen wie das Reich eine Zeitung kauften und dazu sehr erhebliche monatliche Zuschüsse zahlten, ohne den geringsten publizistischen Nutzen davon zu haben.

Die Erklärung des Aufsichtsrats reitet deshalb Herrn Stresemann noch tiefer in die Verlegenheit. Und alle Versuche, die er und seine Trabanten unternahmen, um die Aufmerksamkeit von ihm ab- und auf Preußen hinzulenken, müssen fehlschlagen.

Man kann die Dinge aber auch vom zeitungstechnischen Standpunkt ansehen. Da ergibt sich denn, daß Verlag und Redaktion eines großen Blattes als Ware von der einen Besitzerhand in die andere zu wandern, ohne daß sie davon etwas erfahren!

Warum ist von dieser selbstverständlichen Verpflichtung durch „Verkäufer“ und „Käufer“ nicht Gebrauch gemacht?

Und noch eins: Ist es richtig, daß die jetzt preussische Druckerei die „DAZ“ noch immer zum Selbstkostenpreis herstellt und ihr auf diesem Wege noch indirekte Zuschüsse gibt?

Hohngelächter der Hölle!

Die Sprengung des „Stahlhelms“. — Die „Standarte“ schwenkt ab!

Zunächst als Beilage zu dem offiziellen Stahlhelmorgan, dann als eigene Zeitschrift im „Frundsberg-Verlag“ in Magdeburg, erschien seit einiger Zeit die „Standarte“, in der die „Entschiedenen Stahlhelmer“ sich ein Stelldichein gaben.

Die Möglichkeit, innerhalb des „Stahlhelms“ zu wirken, hat ihr Ende erreicht. Ob dies dem „Stahlhelm“ angenehm oder unangenehm ist, ob es sein Wille war oder nicht, sei dahingestellt.

Franko erzählt über seinen Versuch, durch die „Standarte“ den „Stahlhelm“ langsam zu politisieren, folgende erbaulichen Einzelheiten:

Alle Aktivist, alle nicht platten Köpfe begrüßten die „Standarte“: Führer der Stahlhelmer, aber vielleicht noch vielmehr diejenigen Stahlhelmer, die abseits standen.

Nachdem nun die „neuen Nationalisten“ ohne ihre „Standarte“ und ohne daß, wie sie trauernd mitteilen, ihnen die Abonnentenliste des Frundsberg-Verlages zugänglich sei, auf sich selbst angewiesen sind, versuchen sie, ihr eigenes nationalsozialistisches Geschäftchen aufzumachen.

„Nicht einmal angesichts der Existenzfrage der Verbände ist es ihnen möglich gewesen, gemeinsam zu handeln. Der zornigen Zustimmung jedes Einsichtigen und Weiblichen gewiß, rufen wir: Untere Geduld hat ein Ende.

Soweit Helmut Franke. Sein Freund, Friedrich Georg Jünger, spricht offen von dem „Taslo der Bünde“:

Die Hoffnungen, die man auf die Verbände setzte, sind zerfallen, und immer stürmischer erklingt die Frage: Sind die Kampfbünde noch existenzberechtigt? Oder sind sie wert, zertrümmert zu werden, um einer neuen zentralen Widerstandsbewegung Platz zu machen?

Schließlich spricht dieser Jünger des „revolutionären Nationalismus“ davon, daß in den Verbänden „geistige und körperliche Erstarrung“ vorherrsche und daß sie fortfahren, sich zu Krügervereinen und politischen Parteien umzubilden.

Ein anderer Jünger, Bruder des eben genannten und Miterausgeber der „Neuen Standarte“, ist nicht minder böse auf die Wehrverbände zu sprechen:

Der das unsinnige Vereinswesen, die patriotische Platttheit und Großsprechererei, die allgemeine Müdigkeit, die Unzulänglichkeit der Männer, Gedanken und Methoden kenn, wird zugeben, daß es sehr schwierig ist, für eine neue Fahne Bewusstheit zu werden.

dem Staat! Zum Staat! ... Dem soll denn hier nicht, die Gasse überlaufen? Hier ist nur das Hohngeächter der Hölle am Platz ...!

Zum Schluss lehnt Ernst Jünger den Zeitpunkt herbei, „zu dem wir unser Schicksal in die Hände eines Führers legen“ dürfen, der ein Führer von Männern und nicht von politischen Spießbürgern, den Radaubrüdern, Putschisten oder sentimentalen Phrasendreschern ist.

Die „neuen Nationalisten“, die so lange mit den Führern der Verbände, besonders mit dem „Stahlhelm“ zusammengearbeitet haben, fallen über ihre alten Bekannten sehr harte Urteile. Wir wagen ihnen nicht zu widersprechen. Wir sind aber gern bereit, diese Urteile auch weiteren Kreisen als den Lesern der „Standard“ zugänglich zu machen, selbst auf die Gefahr hin, daß das „Hohngeächter der Hölle“ noch lauter wird als es bisher schon der Fall ist.

Der Zerfall des Nationalismus.

Geständnisse des Herrn v. Graefe.

Einen Aufsatz, der die Zustände im Lager der sogenannten „nationalen“ Bewegung trefflich illustriert, veröffentlicht in seiner „Deutschen Tageszeitung“ der völkische Herr v. Graefe. Ohne viele Umstände beginnt er gleich mit folgender Feststellung:

Wer Augen hat zu sehen, und den Mut besitzt, der unverkennbaren Wirklichkeit gegenüber keine feige Vogel-Strouß-Politik zu betreiben, der muß als das Merkmal unserer derzeitigen innerpolitischen Entwicklung die verhängnisvolle Tatsache der absoluten Zerfahrenheit aller nationalen Kräftezentren unseres Vaterlandes bezeichnen. Der Vergleich der diesbezüglichen Verhältnisse noch zur Zeit der Weimarer Tagung der Nationalversammlung mit heute ist geradezu niederschmetternd.

Ueber die Deutschnationale Partei äußert sich Herr v. Graefe folgendermaßen:

Die Deutschnationale Partei hat in ihrer Führung längst ihren Frieden mit der Novemberrepublik geschlossen, sie ist „auf den Boden der gegebenen Tatsachen“ getreten, seit dem Sündenfall gegenüber der Damespallist ist sie von der nationalen Opposition hoffnungslos eingeschwenkt in die Erfüllungspolitik der Scheidemann-Erzberger-Stresemann. Also Kapitulation auf der ganzen Linie vor der schwarzrotgelben Internationalen.

Mit den Rechtsverbänden ist Herr v. Graefe nicht zufrieden. Mahraun von Jungdo habe sich rüchhallos der Novemberrepublik zur Verfügung gestellt. Ehrhardt halte „zum mindesten mißverständliche Reden“. So ergibt sich für den völkischen Beschauer ein „verzweifelt erscheinendes Bild der Tatsachen“.

Schuld an diesen Zuständen trägt nach Herrn v. Graefe die Methode der Freimaurer und Jesuiten, in alle „gegenwärtigen Machtzentren eigene Vertrauensleute hineinzubalancieren“, die dort als Spaltplätze wirken. Ueberall, in Jungdo, Wiking, Deutschnationale Partei, Reichslandbund, seien diese Emissäre tätig. Herr v. Graefe versichert, er könnte sie sogar nennen, wenn er nicht vermeiden wollte, den Kampf auf das persönliche Gebiet zu tragen.

In dieser Darstellung, die Freimaurer und Jesuiten in einer Front aufmarschieren läßt, steckt eine gute Dosis unfreiwilliger Komik. Aber wenn auch Herr v. Graefe für die Tatsachen eine unfinnige Erklärung sucht, so schildert er doch den Zustand der sogenannten „nationalen“ Bewegung gar nicht so unrichtig. In der Tat ist, nicht infolge irgendwelcher dunklen Mächte, sondern infolge der allgemeinen Ziellosigkeit und Zerfahrenheit eine völlige Zerfahrenheit eingetreten. Und so betritt Herr v. Graefe abermals das Gebiet des unfreiwilligen Humors, wenn er zum Schluss die in ihrer Zielsetzung unklare Richtung, nämlich „eine eigene, als die Retterin aus allen Nöten in Erscheinung treten läßt“.

Die Berliner Presse.

Bemerkungen eines Ausländers.

Von Jan Münzer.

Man kann sagen, was man will; die Presse eines Landes gehört mit zu seiner Charakteristik. Was man aus dem Tag heraus und in den Tag hinein schreibt und druckt, ist kennzeichnender als das, was lange und wohlüberdacht in die Bücher kommt und was oft ein Wochenblatt, ein Einmalmonatliches geschrieben hat. In den Tagesblättern und in den kleinen Flugblättern rumort der Volksgeist.

Kommt man in eine Stadt, in der man nie vorher oder vor Jahrzehnten war, ist es unvermeidlich, daß man zuerst die Straßen und — kennt man die Sprache der Stadt — zugleich auch die Zeitungen dieser Stadt kennen lernt. Die Straße ist das Beziehungsband für die Psyche seiner Bevölkerung. Und was sind die Zeitungen im Grunde anderes als die Straßen? Jeder Zeitung entspricht eine Straßenart. Es gibt Zeitungen, die wie Gäßchen sind, ernst, nüchtern, mit Reichtümern überladen, die in prunkvollen Magazinen aufgestellt sind; andere sind wie Straßen in Villenquartieren: sie führen an Gärten vorbei und durch Gebäude, laden zum Aufwachen ein und zu ästhetischen Betrachtungen. Es gibt Zeitungen, in denen es hämmert und tobt wie in Fabrikschiffen, und schließlich auch solche Blätter, in denen der Versuch verunglückter Gassen zu spüren ist. Was auf der Straße nicht sofort gesehen und gehört werden kann, das gibt sich in den Zeitungen gedruckt preis. Hier liegt das gesamte Volksleben ausgebreitet.

Der Berliner fühlt es vielleicht nicht, aber derjenige, welcher von draußen kommt, spürt förmlich, wieviel Physiognomie — von sehr ausgeprägter Art — die Berliner Presse aufweist. Der gute Leser, der Wohlthäter der Journalisten, wird wohl fragen: „Sag mal, wie kommt dir die Physiognomie der Berliner Presse vor?“ Woraus ich verpflichtet wäre, ihm mit einem Haufen von Komplimenten aufzuwarten; denn der ständige Leser möchte mindestens in eine Zeitung gelobt wissen. Da ich von einer kleinen Hauptstadt eines Nachbarstaates Deutschlands herkomme, finde ich es weder für angebracht zu loben noch zu tadeln. Ich möchte kein serviler Schmeichler sein und habe auch keinen Grund, eine frecher Kautzler zu sein. Ich will also versuchen, auf einem Seile zwischen diesen zwei Gegenständen zu tanzen. Die großen Berliner Blätter sind nach meinem Gefühl schon Fabrik, aber noch nicht amerikanische Fabrik. „Starker Betrieb“, aber noch nicht ganz verflochten, noch nicht aufgefressen. Die rein menschlichen Nuancen sind noch in jeder Zeitung zu finden; die menschliche Logik hat noch nicht alles aufgefressen und ausgeblüht, was sich den „technischen Belangen“ und der geschäftlichen Berechnung widersetzt. Es spricht noch da und dort geheime Liebe zum Unpraktischen und wirt sich aus in erfreulichen unzeitgemäßen Betrachtungen. Trotz des Schwärmens der Maschinenräder hört man noch viel menschliche Einzelstimmen von individueller Färbung. Die großen Solisten, die führenden Männer der Feder, welche die hohe Politik machen, sind von der Art, wie man sie überall hat. Die politischen und kritischen Stöberer der Zeitung mit dem festgefrorenem Stil, Eingemachte und konservierte Gleichheit, erstarrtes, verkrüppeltes Selbstbewußtsein, automatisch ge-

Schmutz und Schund.

Wirtschaftliche Bedenken der Industrie und Handelskammer.

Die Industrie- und Handelskammer zu Berlin macht in einer Eingabe wirtschaftliche Bedenken gegen das Schmutz- und Schundgesetz in seiner jetzigen Fassung geltend:

1. Der Mangel einer Begriffsbestimmung für Schund- und Schmutzschriften bedroht die Herstellung und den Vertrieb mit einer starken Rechtsunsicherheit. ... Wir regen die Aufnahme der Begriffsbestimmungen aus dem früheren Referentenentwurf an.

2. Die jetzige Fassung des Entwurfes läßt die Möglichkeit offen, daß eine Schrift, insbesondere auch eine periodische Druckschrift deshalb auf die Liste gesetzt wird, weil eine vereinzelte Stelle darin Anlaß zum Einschreiten gibt (beispielsweise eine Anzeige), obwohl die Schrift nach ihrer gesamten Richtung und ihrem gesamten Inhalt einwandfrei ist. Wir halten eine Ergänzung für nötig, der zufolge eine Schrift nicht auf die Liste gesetzt werden darf, wenn die gesamte Richtung und der gesamte Inhalt der Schrift nicht die gleiche Beurteilung wie die beanstandete Stelle erfahren.

3. Durch die Einrichtung von Landesprüfstellen in der jetzt vorgesehenen Art wird die einheitliche Handhabung des Gesetzes vereitelt. Es würde sich hieraus der für die beteiligten gewerblichen Kreise sehr bedenkliche Zustand ergeben, daß die Aufnahme derselben Schrift in die Liste von der Prüfstelle des Erscheinungsortes abgelehnt und von der Prüfstelle des Ortes eines anderen Landes, in dem sie in vereinzelter Stück verbreitet ist, beschlössen wird. Sollte es jedoch trotzdem bei der Einrichtung von Landesprüfstellen bleiben, so ist es erforderlich, daß a) jede Landesprüfstelle nur zuständig ist für Schriften, die ihren Erscheinungsort in dem betreffenden Lande haben, b) die Beschwerde ausschließende Wirkung hat.

4. Es ist unbedingt notwendig, daß jede Prüfstelle paritätisch, d. h. gleichmäßig, aus Vertretern der Fachkreise und der Jugendwohlfahrtsorganisationen zusammengesetzt wird. Bei der Besetzung mit 6 Beisitzern müssen demnach 3 den Kreisen der Kunst und Literatur sowie des Buch- und Kunsthandels entnommen werden.

Zusßerdem ist es erforderlich, daß der bereits in dem Ausschuss anerkannte Grundsatz, daß die Aufnahme in die Liste nur mit qualifizierter Mehrheit beschlössen werden kann, auch für den Fall der Abwesenheit einzelner Sachverständiger verankert wird, indem unter allen Umständen die qualifizierte Mehrheit (Dreiviertel- oder Zweidrittelmehrheit) vorgeschrieben wird.

Ein neuer Fürstenskandal in Thüringen.

Unter Tuldung der Weimarer Bürgerblutregierung?

Hast scheint es, als ob die Beute aus den acht fürstlichen Häusern, die bis zum Novemberumsturz als Serenissimustypen in Thüringen regierten, Wert darauf legen, einer nach dem andern durch Skandale die öffentliche Aufmerksamkeit auf sich zu ziehen. Dieses Mal ist es die Fürstin-Witwe Anna Luise von Schwarzburg-Rudolstadt, die im Mittelpunkt einer beinahe ungläublichen Affäre steht. Seit geraumer Zeit nämlich betreibt die „hohe Frau“ unter Aufsicht ihres „fürstlich schwarzburg-rudolstädtischen Hofmarschalls“, Herrn von Halem, einen schwunghaften Geheimhandel mit öffentlichen Eigentümern. Und zwar handelt es sich um die kunstschöne im Schloß Schwarzburg, die aus wertvollen Bildern und Majoliken und einer unerleghchen historischen Gemälsammlung bestehen. Sie sind nach dem Gesetz Eigentum des Landes Thüringen; ihr Wert geht in die Hunderttausende. Ihre Durchsicht aber hat sie zu beträchtlichem Teil widerrechtlich, angeblich, um einer „dringenden Notlage“ abzuhelfen, nicht nur an eine Berliner Kunsthandlung, sondern auch ins Ausland verkauft, so daß sie für Deutschland als unwiederbringlich verloren angesehen werden müssen. Inzwischen hat zwar das Landgericht in Erfurt eine einstweilige Verfügung erlassen, die für jeden weiteren Verkaufsfall eine Buße von 20 000 Mark festsetzt; doch ist diese

Wohnhaus für die geschäftstüchtige Fürstin unbedenklich, da der Wert einzelner Stücke aus den schwarzburgischen Sammlungen den Betrag der angeordneten Strafe weit übersteigt. Das Geschäft kann also, wenn man nur etwas im Preise ausschlägt, ruhig weiter gehen.

Das Tollste an der ganzen Geschichte aber ist, daß das bürgerliche Kabinett Leutheuser das Treiben auf Schloß Schwarzburg bisher wohlwollend geduldet hat. In Berlin freilich hat sich feinerzeit selbst der deutsche Finanzminister des Landes Thüringen bitter über die maßlosen Forderungen der verflochtenen Potentaten beklagt und erklärt, daß die Ansprüche der Fürstinhäuser Thüringens finanziell zu Grunde zu richten drohen.

Und dies wird freilich um so eher zur Tatsache werden, wenn die Regierung eines republikanischen Landes Rechtsbrüchen der einflügeligen Landesöster und Landesmütter auch weiterhin gleichgültig und tatenlos zusieht!

Bürgermeisterwahl in Brandenburg.

Genosse Fressdorf-Magdeburg gewählt.

Die Brandenburger Stadtverordneten wählten am Donnerstag den sozialdemokratischen Magdeburger Stadtrat Dr. Fressdorf zum Oberbürgermeister der Stadt Brandenburg. Im ersten Wahlgang wurden abgegeben für Dr. Fressdorf 16 Stimmen, für Dr. Peters-Detmold 20 Stimmen, für den kommunistischen Stadtschulrat Goh-Berlin 6 Stimmen. Im zweiten Wahlgang erhielt Dr. Fressdorf 21 Stimmen der Kommunisten und der SPD. Dr. Peters-Detmold erhielt 20 Stimmen der bürgerlichen Arbeitsgemeinschaft und die Stimme eines aus der kommunistischen Partei ausgeschlossenen Stadtverordneten. Das von einem sozialdemokratischen Stadtverordneten gezogene Los entschied für den sozialdemokratischen Stadtrat Dr. Fressdorf. Das Ergebnis wurde mit stürmischem Beifall der Linken und der Tribünen aufgenommen.

Die Verlängerung der Polizeistunde.

Antwort auf eine Zentrumsanfrage.

In einer kleinen Anfrage der Zentrumsfraktion des Preussischen Landtags wurde erklärt, die Verordnung des Innenministers über die Verlängerung der Polizeistunde habe in weiten Kreisen der Bevölkerung sehr große Mißstimmung erregt, weil man von der Auswirkung dieser Verordnung große Schädigungen in sittlicher, sozialer und wirtschaftlicher Beziehung befürchte. Das Staatsministerium wurde befragt, was es zur Verhütung solcher Wirkungen zu tun gedenke.

Wie der Amtliche Preussische Pressedienst mitteilt, wird in der Antwort des Ministers des Innern erklärt, daß die Polizeistunde mit der Frage der Hebung der Sittlichkeit in keinem unmittelbaren Zusammenhang steht. Wirkliche Gefahren für die Sittlichkeit, deren Hebung in erster Linie eine Frage der Erziehung aller Bevölkerungskreise ist, können in der Verlängerung der Polizeistunde nicht erblickt werden. Einer großen Reihe sittlicher Uebelstände, wie Korruptionsgefahr für die Ueberwachungsbeamten, Ueberhandnehmen von Nachkloaken übelster Art, Anreiz zu Uebelthaten der Polizeistunde wird gerade durch deren Verlängerung wirksam vorgebeugt. Im übrigen wird sittlichen Ausschreitungen, wo sie sich zeigen sollten, mit allen Mitteln entgegengetreten werden, wo sie sich zeigen sollten, mit allen Mitteln entgegengetreten werden. In sozialer Hinsicht sind Schäden nicht zu erwarten, da die Schulbestimmungen für die Arbeitnehmer durch die Verlängerung der Polizeistunde in keiner Beziehung berührt werden. Es ist besonders Vorzuebehalten, daß diese Bestimmungen streng beachtet werden. In wirtschaftlicher Beziehung sind durch die Verlängerung der Polizeistunde ebenfalls Nachteile nicht zu erwarten.

Zum Fall Panier. Amtlich wird mitgeteilt: Das Preussische Kabinett hat beschlossen, die in der Strafsache gegen Schirrmann und Genossen (Fememord Panier) gegen Bann, Stein, Ullenkamp und Schirrmann verhängten Todesstrafen in Zuchthausstrafen umzuwandeln, und zwar bei Bann in lebenslängliche, bei Stein in eine 15jährige, bei Ullenkamp und Schirrmann in eine je 10jährige Zuchthausstrafe.

sondern auch Erziehung am Künstler. Der Kritiker, der ein schlechtes Bild eines sonst talentvollen Malers etwa tadelt, wird ihm damit oft mehr nützen als mit allem Lob, das er ihm sonst spendete. Außerdem aber weicht die Kritik das Publikum überhaupt erst auf die Künstler hin. Ohne Zeitungskritik wären heute gewiß die Ausstellungen noch weit weniger besucht, als das ohnehin der Fall ist. Ganz und gar aber verkannt beide Redner das Publikum. Es kann gewiß nicht ihr Ernst sein, wenn sie die Ausstellungsbesucher als eine Schar von Ignoranten hinstellen, der man ruhig auch den schimmlichsten Kitzel vorsetzen und zum Kauf anbieten dürfe, da sie ihn doch nicht vom Kunstwert unterscheiden könne. Wäre es wirklich so, so müßte jeder ernsthafte Künstler sich schämen, zu produzieren, und seine Werke vor den Augen aller Welt in dem finsternen Winkel seines Ateliers vergraben.

Gerhart-Hauptmann-Fest in München. Aus Anlaß der Münchener Aufführung der „Dorothea Angermann“ wurde im alten historischen Rathausaal ein Festabend veranstaltet, zu dem neben den Spitzen der staatlichen und städtischen Behörden das gesamte geistige München erschienen war. Die Festrede hielt Thomas Mann. Nach Max Halbe, Heinrich Mann, Dr. Bruno Frank, Oberregierungsrat Heydel und Schauspielregisseur Bape trat Gerhart Hauptmann selbst an das Rednerpult und dankte für die ihm zuteil gewordene Ehrung. Er ging u. a. auf die zum Teil sehr aggressiven Kritiken seines neuesten Schauspiels ein und führte aus: Wer das Theater will, wer den echten Spiegel des Lebens will, muß mit aller Entschiedenheit auch zum Menschlichen und zum Allzumenschlichen Ja sagen. Die Kunst, so wie ich sie verstehe, ist zweifellos auch allgemein ein den sozialen Frieden förderndes Kultur-element. Die Ansprache des Dichters, die in die Hoffnung auf eine gesunde Wiedergeburt des deutschen Volkes ausklang, wurde mit stürmischem Beifall aufgenommen.

Ein Streit um die Echtheit der „Mona Lisa“. Leonardos weltberühmtes Meisterwerk im Louvre, ist unter den Pariser Kunstschaffenden umstritten. Das Louvre-Exemplar sei eine Kopie, und das Original befinde sich im Besitz eines Pariser Kunsthändlers. Bekanntlich wurde die „Mona Lisa“ im August 1911 aus dem Louvre gestohlen und im Dezember 1913 in Florenz wiedergefunden.

Hilfsaktion für engagierten Schauspieler. Mit Unterstützung des Preussischen Kultusministeriums und des Berliner Rathhats veranstaltet die Bühnengemeinschaft in ca. 16 Städten der Umgebung Berlin händliche Schauspiele. Mit eigener Bühnenausstattung und moderner Beleuchtungsanlage versehen, reist zuerst ein Ensemble von 12 Personen mit „Renalliance“. Ende dieses Monats wird ein zweites Ensemble mit neuen Schauspielern in denselben Städten. Der erste Abend „Krug und Vottens Geburtstag“ spielen. Die Leitung der Schauspiele hat Werner Bernhardt.

Paul Westheim bricht am 30., abends 8 Uhr, über: „Die Kunst von gestern und heute“ (mit Lichtbildern) im Rahmen der literarischen Abende der Buchhandlung Ferdinand Oetker, Kleiststr. 20, Karten à M. 1.50.

„Das reisende Coma“, das neue Werk von Emil Bernhardt wurde zur gemeinsamen Aufführung für den 11. Dezember von den Vereinten Theatern in Breslau und den Stadttheatern in Magdeburg, Bonn und Halle erworben. Das Werk ist auch als Buch im Volksbühnen-Verlag, Berlin SS. 40, erschienen.

Zerfallsstimmung im alten Oesterreich.

Wilhelm II. als Stolz des Germanentums.

In dem neuesten Bande der „Großen Politik“, der Altentpublikation des Auswärtigen Amtes, findet sich ein bezeichnender Beweis für die Resignation, mit der die herrschende Klasse Oesterreichs die Zukunft ihres eigenen Staates betrachtet. Ueber sie berichtet Major von Lessert, der deutsche Delegierte der nordbalkanischen Grenzkommission, die von den Großmächten eingesetzt war, um die Grenzen des von ihnen auf früher türkischem Boden gegründeten neuen Staates Albanien abzustechen. Von Lessert berichtet in einem vom Oberstaatssekretär dem Reichskanzler von Bethmann-Hollweg Ende Oktober 1913 gesandten Brief.

„Der Führer des österreichischen Detachements, Oberleutnant Bühler, ein sehr energischer und tüchtiger Feldsoldat, der in Tripolis gegen die Italiener, bei Janina gegen die Griechen gekämpft hat, machte mir folgende für die Stimmung der deutschösterreichischen Offiziere sehr bezeichnende Bemerkung:

Er sagte, Oesterreich ist ein Staat, der in nicht zu langer Zeit auseinanderfallen wird. Vorläufig aber hält es, wenigstens militärisch, noch die ganzen in ihm vereinigten Völkertämme fest zusammen. Diese Zeit muß man benutzen um noch einmal, vielleicht zum letzten Male, die gesamten österreichischen Slawen für das Germanentum ins Feuer zu werfen.

Und wie alle österreichischen Offiziere, die ich bisher gesprochen habe, zeigte er eine ungemessene Bemüderung und Verehrung für Seine Majestät, unseren Kaiser, und erwartet von ihm alles Heil auch für das Deutschland Oesterreichs.

Es ist geradezu rührend und erhebt für einen Reichsdeutschen, zu sehen und mitzufühlen, wie diese Oesterreicher, deren Deutschland überall zu kurz kommt, in unserem Kaiser die Hoffnung und den Stolz des Germanentums erblicken, der ihren heimlichsten Traum eines größeren und unerreichbar machtvollen Deutschlands erfüllen soll.

Gestern passierten mir die serbischen Vorposten, die im allgemeinen längs der neuen Grenze stehen. Die serbischen Offiziere waren voll ausgesuchter Liebenswürdigkeit. Viele von ihnen sprachen deutsch. Sobald sie merken, daß man Reichsdeutscher ist, werden sie zutraulich und versichern einen der freundschaftlichsten Gefühle für Deutschland.

Die Soldaten sind recht abgerissen, zeigen aber gute militärische Haltung. Die Offiziere sind voll würdigen Ehrfurcht. Man fühlt, daß sie durch die beiden strengen Kriege an innerem und äußerem Selbstbewußtsein gewonnen haben, das natürlich und daher nicht anmaßend wirkt.“

Etatsberatung im Ausschuss.

Die D.M.-Angelegenheit verlagert.

In der Donnerstagssitzung des Ausschusses für den Reichshaushalt, auf deren Tagesordnung der Nachtragsetel zum Auswärtigen Amt stand, wurde zunächst beschlossen, die Angelegenheit der „D.M.“ am Freitag in Anwesenheit des Reichsaussenministers zu behandeln.

Der Ausschuss genehmigte sodann mehrere Anforderungen zur Neuerrichtung von Gebäuden bei einigen ausländischen Missionen, darunter die ersten Katen für die Verlegung des Sikes der deutschen Botschaft von Konstantinopel nach Angora, deren Notwendigkeit im einzelnen von dem Botschafter Rabalov begründet wurde, und nahm eine vom Zentrum eingebrachte Entschädigung an, derzufolge das Auswärtige Amt eine Zusammenstellung der gesamten Botschaften dem Reichstag vorlegen soll, damit eine bessere Uebersicht ermöglicht werde.

Der Ausschuss trat sodann in die Beratung des Nachtragsetels zum Ministerium des Innern ein. Die von der Regierung für angeforderten 675 000 Mark zum Ankauf eines Dienstgebäudes für das Gesetzgebungsamt gaben Anlaß zu einer ausgedehnten Debatte, in deren Verlauf die Regierungsoberreiter sich bemühten, den Ausschuss zum Erwerb der in Aussicht genommenen Grundstücke zu bewegen. Der Ausschuss lehnte indessen den erbetenen Ankauf ab und nahm eine völksparteiliche Entschädigung an, nach der durch entsprechende Vereinbarung mit dem Reichspostministerium sichergestellt werden sollte, daß das gegenwärtig der Unterbringung des Gesetzgebungsamtes dienende Grundstück diesem durch Uebergabe oder durch einen langfristigen Mietvertrag dauernd gewidmet bleiben soll. Außerdem wurde ein Zentrumsantrag angenommen, nach dem die Reichsregierung dahin wirken möge, daß durch die verlegerische Tätigkeit des Gesetzgebungsamtes private Betriebe und Verleger nicht geschädigt werden. Schließlich wurde noch eine Resolution der Deutschen angenommen, die die Reichsregierung ersucht, dem Haushaltsausschuss so bald als möglich wie im Jahre 1923 eine Zusammenstellung aller zurzeit in Vorbereitung befindlichen Gesetze vorzulegen.

Bei der Beratung der Etatsposition, welche die Förderung wissenschaftlicher und künstlerischer Zwecke behandelt, wurde ein Antrag des Zentrums angenommen, in dem die Reichsregierung ersucht wird, in eine Nachprüfung der wirtschaftlichen Lage der gealterten deutschen Geistesarbeiter einzutreten und gegebenenfalls dem Reichstag bei der Beratung des Haushaltsplans 1927 eine Vorlage zu machen.

Genosse Sellmann beantragte, im Haushaltsplan für 1927 einen namhaften Betrag zur Behebung der besonderen Notstände der deutschen Kunst einzusetzen. Die Aussprache über diesen Antrag wie über einen Antrag des Genossen Scheel, für die Bundeskasse des Arbeiter-Turn- und Sportbundes 400 000 Mark in den Nachtragsetel 1926 einzustellen, mußte wegen der vorgeordneten Zeit auf Freitag verlagert werden.

Der Verwaltungsrat der Reichsbahn.

Wie werden die Ausgelosten ersetzt?

Die Reichsregierung wird voraussichtlich Anfang der kommenden Woche darüber beraten, wer an Stelle der gestern ausgelosten Verwaltungsratsmitglieder der Reichsbahn ernannt werden soll. Der hungenbergische „Tag“ macht heute früh den Versuch, die preussische Regierung für die Unterstützung des Planes einzufangen, die Ausgelosten einfach wieder zu ernennen. Dazu soll Preußen, wie der „Tag“ in leicht erkennbarer nationalistischer Hehobsticht ausführt, deshalb bereit sein, damit der Treuhänder darauf verzichte, an Stelle der ausgelosten Treuhändervertreter Ausländer in den Verwaltungsrat zu ernennen. Nun gibt das Reichsbahngesetz dem Treuhänder unbeschränkte Verfügungsfreiheit darüber, ob er Ausländer oder Inländer in den Verwaltungsrat entsenden will; er ist nicht verpflichtet, eine bestimmte Anzahl Reichsdeutscher zu wählen, sondern er kann es für fünf der von ihm zu behebenden Verwaltungsratsstellen tun und hat es das vorige Mal getan. Es ist also gar nicht einzusehen, wie die preussische Regierung die Entschliessungen des Treuhänders bestimmen könne. Wie wir aber hören, hat die preussische Regierung noch keinen Beschluß nach dieser Richtung gefaßt und sie dürfte im Gegenteil erwarten, daß nun nach der Auslosung Dr. Luthers, gegen dessen Ernennung die preussische Regierung seinerzeit sich gewendet hat, das Reich jetzt dem wohlberechtigten Anspruch Preußens auf eine Vertretung im Verwaltungsrat Rechnung tragen wird. Daneben läuft noch das Verfahren vor dem Staatsgerichtshof über die Beschwerde Preußens gegen die Nichtberücksichtigung seiner Forderung bei der vorigen Behebung der Verwaltungsratsstellen.

Rechtsanspruch oder Bedürftigkeitsprüfung?

Eine notwendige Aenderung der Erwerbslosenfürsorge.

Bei den letzten Verhandlungen im Reichstage über den Ausbau der Erwerbslosenfürsorge hatte die sozialdemokratische Reichstagsfraktion die Streichung der Bedürftigkeitsprüfung als Voraussetzung für den Anspruch auf Erwerbslosenunterstützung gefordert. Die Sozialdemokratie war auch in diesem Falle das politische Sprachrohr aller Gewerkschaftsrichtungen, die vor Monaten gemeinsam diese Forderungen mit erhoben hatten.

Reichsregierung und bürgerliche Parteien konnten sich der Berechtigung dieser Forderung nicht ganz entziehen. Es kam ein Beschluß des Reichstages zustande, der eine mildere Handhabung der Bedürftigkeitsprüfung verlangte. Die Reichsregierung stellte entsprechende Maßnahmen in Aussicht.

Ausführungsvorschriften oder gesetzliche Regelung?

Es entsteht zunächst die Frage, ob der Wille des Reichstages und das Versprechen der Reichsregierung auf dem Wege von Ausführungsvorschriften zur Betardung über Erwerbslosenfürsorge ausführbar ist. Der Verwaltungsrat des Reichsamtes für Arbeitsvermittlung hat sich mit dieser Frage beschäftigt und sie verneint. Der Wortlaut des § 7 der Verordnung über Erwerbslosenfürsorge läßt es nicht zu, auf dem Wege von Ausführungsvorschriften die Absicht des Reichstages und der Reichsregierung durchzuführen. Die Beschreitung dieses Weges wird dazu führen, daß die Durchführung dieser Ausführungsvorschriften von den zuständigen Stellen vielfach mit der Begründung abgelehnt wird, daß sie rechtswidrig sind. Diese wahrscheinlichen Gefahren sollten davon abhalten, diesen Weg zu beschreiten. Der Verwaltungsrat des Reichsamtes für Arbeitsvermittlung war deshalb einstimmig der Meinung, wenn die bestehenden Absichten durchgeführt werden sollen, dann kann es nur auf dem Wege einer gesetzlichen Aenderung des § 7 der Verordnung über Erwerbslosenfürsorge geschehen. Das wird um so leichter möglich sein, weil sich der Reichstag zurzeit mit einer Regierungsanfrage zur Aenderung der Erwerbslosenfürsorge beschäftigt, die die Nichtanrechnung der Wochenhilfe und die Erhaltung der Anwartschaft in der Invaliden-, Angestellten- und Knappschaftsversicherung sicherstellen will.

Was sagt die Reichsverfassung?

Bei der notwendigen gesetzlichen Regelung wird nochmals zu unterfragen sein, ob für die veränderte Beibehaltung der Bedürftigkeitsprüfung überhaupt noch ein zwingender Grund besteht. Zunächst muß immer wieder betont werden, daß auch eine gemilderte Bedürftigkeitsprüfung mit Artikel 163 Absatz 2 der Reichsverfassung unvereinbar ist. Die Erwerbslosenfürsorgeverordnung, später die Arbeitslosenversicherung, ist das Ausführungsgesetz dieser Verfassungsbestimmung. Danach soll jedem Deutschen die Möglichkeit gegeben werden, durch wirtschaftliche Arbeit seinen Unterhalt zu erwerben. Soweit ihm angemessene Arbeitsgelegenheit nicht nachgewiesen werden kann, ist für seinen notwendigen Unterhalt zu sorgen. Die Verfassung bejaht also in allen Fällen den Unterhaltsanspruch, wenn die Arbeitslosigkeit nicht durch nachweislich angemessener Arbeitsgelegenheit behoben werden kann. Es ist geradezu erstaunlich, wie Reichsregierung und Reichstag sich immer wieder über diesen

klaren Wortlaut der Verfassung hinwegsetzen. Ebenso erstaunlich ist der andere Einwand, daß an der Bedürftigkeitsprüfung festgehalten werden muß, so lange ein Teil der Kosten aus öffentlichen Mitteln getragen wird. Ueber die Lastenbedeutung und Lastenverteilung enthält der Artikel 163 der Reichsverfassung keine ausdrückliche Bestimmung. Mit guten Gründen könnte aus seinem Wortlaut auch gefolgert werden, daß die gesamten Kosten, wie früher, aus öffentlichen Mitteln zu decken sind.

Die Inanspruchnahme öffentlicher Mittel, die ja doch auch zum erheblichen Teile von den Arbeitern und Angestellten aufgebracht werden, hat mit der Befahrung oder Verneinung eines Rechtsanspruchs überhaupt nichts zu tun. Dieser Auffassung war auch früher die Reichsregierung; ihr erster Gesetzentwurf über eine Arbeitslosenversicherung sah von vornherein vor, daß ein Drittel der Kosten aus öffentlichen Mitteln gedeckt werden. Das verfrägt sich durchaus mit den Grundfäden der deutschen Sozialversicherung. Die Invalidenversicherung kennt Reichszuschüsse, in der Krankenversicherung wird die Wochenhilfe aus öffentlichen Mitteln gedeckt und kein Mensch fällt auf die unsinnige Idee, deshalb den Rechtsanspruch zu verneinen. In der Arbeitslosenversicherung soll das jetzt auf einmal ganz anders sein. Der Regierungsentwurf für die Arbeitslosenversicherung schaltet die Bedürftigkeitsprüfung ein, sobald die Kosten nicht mehr aus Beiträgen gedeckt werden und deshalb das Reich darlegen, also nicht einmal Zuschüsse, gibt. Unter den gegenwärtigen Verhältnissen würde das die allgemeine Beibehaltung der Bedürftigkeitsprüfung bedeuten. Der Reichstag hat hier insofern eine Ueberlegung eintreten lassen, daß er die besondere Krisenfürsorge in den Regierungsentwurf aufgenommen hat, für diese Krisenfürsorge aber ebenfalls die Bedürftigkeitsprüfung beibehalten wissen will.

Das Zeugnis des Reichsarbeitsministers.

So hat die Entschliessung dieser Frage für die gegenwärtige mit künftige Regelung größte Bedeutung. Bei der Entscheidung ist nicht nur zu beachten, daß die Bedürftigkeitsprüfung mit der Reichsverfassung unvereinbar ist, sie ist auch mit den Grundfäden der deutschen Sozialversicherung unvereinbar. Dieser Ansicht ist auch der Reichsarbeitsminister Dr. Brauns. Auf der allgemeinen deutschen Arbeitsnachweisung Ende Mai n. J. in Düsseldorf erklärte er, daß die gegenwärtige Erwerbslosenfürsorge im Grunde genommen bereits eine vorläufige Arbeitslosenversicherung ist, die jedoch bei ihren Leistungen das Fürsorgeprinzip beibehalten hat. In dieser Konstruktion, so erklärt Dr. Brauns, liegt ein gewisser Widerspruch: Pflichten ohne Rechte der Versicherten, das ist auf die Dauer nicht durchzuführen.

Doch nicht nur der Reichsarbeitsminister ist ein Kronzeuge für die Notwendigkeit, daß die Bedürftigkeitsprüfung beseitigt werden muß. Diese Forderung erhob auch ein so erfahrener Vermittlungssachmann wie Ministerialdirektor Dr. Klausner vom Preussischen Wohlfahrtsministerium auf der Länderkonferenz im April dieses Jahres in Frankfurt a. M. Auch der Verwaltungsrat des Reichsamtes für Arbeitsvermittlung sprach sich mit Mehrheit dafür aus.

Es muß die Aufgabe des Reichstages sein, bei der bevorstehenden gesetzlichen Neuordnung den vom Reichsarbeitsminister beflagten Widerspruch zu beseitigen und einen klaren Rechtsanspruch zu schaffen.

Die Dominien volljährig.

Reichseinheit nicht durch Autorität, sondern durch Uebereinstimmung.

London, 26. November. (W.B.) Der Staatssekretär für die Dominien Amery erklärte in einem gestern abend durch Rundfunk verbreiteten Vortrag über die beendete britische Reichskonferenz u. a.: In allgemeiner Uebereinstimmung wurde eine deutliche Erklärung der verfassungsmäßigen Grundzüge festgelegt, die die Dominien in ihren Beziehungen mit dem Reich regeln. Diese beherrschenden Grundzüge sind: vollkommene Gleichheit des Status zwischen den verschiedenen, sich selbst verwaltenden Teilen des Reiches und Einheit unter der Krone, die sie in ihrer gemeinsamen Freiheit zusammenbindet. Dies stellt einen Wendepunkt dar, ebenso wie die Volljährigkeit einen Wendepunkt im Leben eines Menschen bedeutet. Die Dominien sind volljährig geworden. Die jungen Nationen sind fast unbemerkt zu ihrer augenblicklichen Stellung herangewachsen, weil ihr Wachstum erfolgt ist nicht durch Krieg oder Vorehre, sondern auf dem Wege friedlicher Lösung. Großbritannien wird jedoch weiterhin noch für viele Jahre notwendigerweise einen größeren Anteil an der Verteidigung des Reiches und in der Außenpolitik übernehmen müssen. Gleichheit des Status bedeutet, daß die Nationen des Reiches zur Ausübung jeder Funktion nationalen Lebens berechtigt sind. Ich weiß, daß es einige Leute gibt, die befürchten, daß dies den Beginn der Auflösung des Reiches bedeutet. Aber ich bin nicht dieser Ansicht. Ich glaube nicht, daß das Reich durch eine zentrale Autorität zusammengehalten werden wird, sondern durch gemeinsame Loyalität, gemeinsame Traditionen, Ideale und Ziele sowie durch persönliche Loyalität und Liebe zum Monarchen. Ich glaube, daß auf dieser Grundlage der Gleichheit etwas geschaffen werden wird, was bisher noch nie geträumt wurde.

Triumphgesänge in Südafrika.

London, 26. November. (E.P.) Aus Kapstadt wird gemeldet, daß die südafrikanischen Zeitungen die Aenderungen des Dominienstatuts allgemein begrüßen und von einem Siege des Generals Herhog über die englische Regierung sprechen. Die Zeitung „Weste Potchoftron“ ist mit Trauerand erschienen und enthält folgende Anzeige: „Wir teilen das Ableben des britischen Reiches mit, der Rutter Indiens, Neuseelands, Australiens und Kanadas. Die Tote wird von ihren Söhnen und Töchtern beweint. Wir bitten, von Blumen- und Kranzpenden möglichst abzusehen.“

Die Türkei vor dem Völkerbund.

Außerordentliche Kabinettsitzungen in Angora.

London, 26. November. (W.B.) Seit der Rückkehr des türkischen Ministers des Aeußern aus Odessa haben mehrere außerordentliche Kabinettsitzungen unter dem Vorsth Mustafa Kemals stattgefunden, um die dem türkischen Minister des Aeußern von Tschischerin gemachten Vorschläge zu erörtern. Die türkische Regierung versucht die Tür für den Eintritt der Türkei in den Völkerbund offenzuhalten, bevor sie sich durch offizielle Bündnisse binde. Die Frage eines offiziellen türkischen Antrages auf einen ständigen Sitz im Völkerbundsrat wird vom türkischen Parlament in einer Geheim Sitzung erörtert werden.

Diese Beratungen in Angora über die Haltung gegenüber dem Völkerbund werden Tschischerin nicht angenehm in die Ohren klingen, nachdem er in Odessa eben versucht, die Türkei vom ihm fernzuhalten. Die russische Außenpolitik wird, ebenso wie gegenüber Deutschland, sich damit abfinden müssen, daß normale Beziehungen mit der Sowjetunion und Rigilichkeit im Völkerbund durchaus nicht unvereinbar sind. Die Türkei dagegen versucht, ihre Beziehungen zur Sowjetunion auszunutzen, um damit einen Beitritt zum Völkerbund möglichst teuer zu verkaufen. Je besser ihre Beziehungen zur Sowjetunion erscheinen, um so mehr hofft sie, Bedingungen für ihren Eintritt — wie den ständigen Ratssitz — durchzudrücken. Die internationale Lage legt es ihr daher nahe, die Hauptmächte des Völkerbundes vor die Entscheidung zu stellen, entweder ihre Bedingungen für den Eintritt anzunehmen oder aber zuzusehen, wie sie sich panafatisch — mit der Sowjetunion, Persien usw. — verständigt und verbündet. Die Kabinettsitzungen in Angora bereiten also einen diplomatischen Kampf vor, der im nächsten Sommer, drei bis vier Monate vor der Septembertagung des Bundes, zur Entscheidung reift.

Mussolini der Gegner, nicht Deutschland.

Ein Hinweis an den französischen Nationalismus.

Paris, 26. November. (Eigener Drahtbericht.) Der „Quotidien“ gibt seiner Ueberraschung darüber Ausdruck, daß die französische nationalistische Presse sich bei jeder Gelegenheit über die Reden Stresemanns aufhält, aber andauernd stumm bleibt, gegenüber den Aeußerungen Mussolinis, die doch bedeutend heurrührender seien. Das Blatt verweist auf ein Interview, das Mussolini einem Vertreter der „Chicago Tribune“ gegeben hat; Italien hesse, die großen Probleme der Auswanderung zu lösen, ohne zu einem Angriffskrieg übergehen zu müssen. Das Blatt wiederholt dann die bereits mehrfach in französischen Blättern gemachten Mitteilungen über italienische Rüstungen an der französischen Grenze und fügt hinzu, daß die französische Heeresleitung mit ähnlichen Rüstungen antwortete. Angesichts all dieser Tatsachen sei es erstaunlich, daß die empfindlichsten französischen Patrioten sich so stellen, als sähen sie die Herausforderungen des Duce nicht. Dabei gäbe es nur einen Feind des Friedens: Mussolini.

Die Memelland-Regierung.

Vom Gouverneur neu ernannt.

Memel, 26. November. (T.L.) In der memelländischen Präsidentschaft ist eine überraschende Wendung eingetreten. Der frühere Landesdirektor Falk ist vom Gouverneur zum Präsidenten des Direktoriums ernannt worden. Falk hat ein sogenanntes „Arbeitsdirektorium“ gebildet und zu Landesdirektoren den früheren Landesdirektor Scharfetter (Soz.) und den früheren Landespräsidenten Borchert (Großbauer) ernannt. Die Uebergabe der Geschäfte ist bereits erfolgt. Da die Ernennung Falks ohne Zustimmung mit den großen Landtagsparteien erfolgt ist, wird das neue Direktorium kaum das Vertrauen des Landtages erhalten. Die Entschliessung soll in der nächsten Sitzung am kommenden Dienstag fallen.

Bevölkerungszunahme in Italien. Nach der amtlichen Statistik ist die Bevölkerung Italiens seit dem 31. Dezember 1921 von 38 800 000 auf 40 550 000 am 31. Dezember 1925 gestiegen.

Kriminalpolizei und Presse.

Ein Vortrag im Reichsverband der deutschen Presse.

Der Berliner Bezirksverein des Reichsverbandes der deutschen Presse hatte gestern Abend in Ergänzung des kürzlich besprochenen Problems „Justiz und Presse“ einen Vertragsabend mit dem Thema „Kriminalpolizei und Presse“ veranstaltet, dem übrigens weitere Referate zu dem Gesamtthema „Recht und Presse“ folgen sollen. Redner des Abends waren der Leiter der Kriminalpolizei, Regierungsdirektor Dr. Weß, und der Schriftsteller Hans Hyan.

Dr. Weß sollte in einem durchsichtig aufgebauten Vortrag den ganzen Fragekomplex „Kriminalpolizei und Presse“ auf. Er stellte fest, daß beide auf Gedeih und Verderb verbunden sind. Ist die Presse auf die Kriminalpolizei angewiesen, da das Volkspublikum eine schnelle Kriminalrichtersstattung verlangt, so ist in noch höherem Maße die moderne Kriminalpolizei auf die Presse angewiesen. Die Aufdeckung von Kapitalverbrechen erscheint ohne Mithilfe der Presse oft genug unmöglich. Die Tätigkeit der Kriminalpolizei kann jedoch nur dann gedeihen, wenn sie umgeben ist von dem Vertrauen der Öffentlichkeit. Die Presse ist es aber, die durch ihr Verständnis für die Tätigkeit der Kriminalpolizei zu der Vollständigkeit der Polizei beiträgt. Es ist auch nichts dagegen einzuwenden, wenn einzelne Kriminalbeamte in den Berichten besonders erwähnt werden. Die Belobung ihrer Arbeit bedeutet für sie einen Ansporn. Die Kritik sollte aber stets im Rahmen der Sachlichkeit bleiben und nicht der neutralen Kriminalpolizei politische Tendenzen unterstellen, die sie nicht besitzt. Das ist aber in den Fällen Kuhlmann-Caspar und Kölling-Lenhoff von einer gewissen Presse geschehen. Die Mitarbeit der Presse erscheint aber nicht nur bei der Bekämpfung von Verbrechen notwendig, sondern auch bei Vorbeugung durch Bekanntmachungen neu aufkommender Verbrechertypen und bei der Beruhigung der Bevölkerung vor und nach Aufdeckung von Verbrechen. Die Kriminalberichte selbst aber müssen drei Bedingungen genügen; sie dürfen nicht die berechtigten Interessen von Privatpersonen verletzen, etwa durch überflüssige Namensnennung von Verdächtigen oder durch Veröffentlichung ihrer Photographie, sie dürfen nicht die kriminalpolizeilichen Untersuchungszwecke gefährden, und schließlich haben sie einen

sachlichen Charakter zu tragen, nicht aber Sensationsinteressen zu dienen. Wie ist nun die Frage zu lösen, auf welchem Wege die Presse die Polizeinachrichten erhalten soll? Die Unmöglichkeit, jeden Pressevertreter einzeln zu informieren, hat bereits vor 20 Jahren den damaligen Polizeipräsidenten Graf Büdler veranlaßt, die offiziöse Polizeikorrespondenz Steinberg ins Leben zu rufen, die auch jetzt noch ihre Arbeit tut und im Polizeipräsidentium selbst ihre Räume hat. Neben dieser Polizeikorrespondenz sind aber die Kriminalkommissare stets bereit, der Presse alle erforderlichen Auskünfte zu erteilen. Von großem Schaden muß es aber sein, wenn einzelne Zeitungen, wie es zum Beispiel unlängst bei der Brandstiftungsepisode oder bei dem Verbrechen im Deister bei Hannover und bei Leiferde geschehen ist, auf eigene Faust Untersuchungen vornehmen, deren Resultate sich als völlig irrig erweisen. Der Redner schloß mit dem Wunsch, daß Presse und Kriminalpolizei auch in Zukunft in völligem Einvernehmen arbeiten mögen.

Sodann setzte sich Hans Hyan in energischen Worten für eine intensivere Mitarbeit der Presse bei der Aufdeckung von Verbrechen ein. Selbstverständlich wäre in diesem Falle bei den Pressevertretern das größte Maß von kriminalistischer Erfahrung und von Selbstbescheidung zu verlangen. An einer großen Anzahl von Beispielen wies der Vortragende die große Rolle der Presse bei der Aufdeckung von Verbrechen und bei Verhütung von Justizirrtümern nach. Gerade in Hinsicht auf die umgehende wichtige Verhütung von Justizirrtümern bedeute sie die letzte Instanz. Es müßte auch endlich einmal mit der Geheimhaltung des Kriminalverfahrens ein Ende gemacht und die Zulassung des Anwalts zur Einsicht in die Akten vom ersten Augenblick an durchgeführt werden. In der Aussprache demängelte Rechtsanwalt Dr. Klee die oft überflüssige Namensnennung von Verdächtigten und die einseitige Stimmungsmache durch die Polizeiberichte, die auch nicht ohne Einwirkung auf Geschworene und Richter bleiben könne. Gegen diese Vorwürfe legte sich der Leiter der Polizeikorrespondenz, Herr Steinberg, zur Wehr. Mit einem kurzen Schlusswort des Regierungsdirektors Dr. Weß fand die ergebnisreiche Aussprache ihr Ende.

einem Fadelzug zusammen. Die „Rot-Front“-Leute der KPD hatten es auf eine Störung des Werbeumzuges abgesehen und traten mit ihrem Anhang in ziemlicher Stärke schon am Sammelplatz Bornholmer Straße, Ecke Schönhauser Allee, mit ihren Plakaten und Transparenten auf. Obwohl die Reichsbanner-Ausschreiter sich gegen die Stahlhelmer richteten, nahm „Rot-Front“ in provokatorischer Weise die Front gegen das Reichsbanner. Der Schupo gelang es jedoch, die Störenfriede in respektvoller Entfernung neben dem Reichsbannerzug zu halten, den sie auf dem zweitündigen Marsch bis zum Schluß begleiteten, um dann über die einzelnen heimkehrenden Reichsbannerkameradschaften mit großem Geschrei herzufallen und mit Steinen zu werfen. Einige der Fronthelden mußten auf dem Postauto der Schupo mitfahren. Obwohl die Reichsbannerkundgebung im allgemeinen einen recht würdigen Verlauf nahm, ist es dennoch bedauerlich, daß die kommunistische Garde nichts Besseres zu tun weiß, als eine Reichsbannerveranstaltung zu beeinträchtigen zu suchen.

Immer wieder Kommunistenüberfälle!

Am Freitag Abend fand im Kleinen Tiergarten ein Platzkonzert des Reichsbanners statt, dem einige hundert Personen, darunter auch eine Anzahl von Anhängern des Roten-Front-Kämpferbundes beizuhören. Nach Beendigung des Konzertes rückten die Mitglieder des Reichsbanners geschlossen ab. Ein bisher unbekannter gebliebener Reichsbannermann, der sich dem Zuge nicht angeschlossen hatte, wurde in der Straße Mi-Weiß von drei Roten-Front-Kämpfern überfallen und mißhandelt. Einer der Täter, der 16jährige Arbeiter Fritz Kiebow aus der Lübecker Straße 16, konnte festgenommen und der Abteilung I.A. des Polizeipräsidentiums zugeführt werden. — An der Ecke der Turm- und Wilhelmshavener Straße wurde in der vergangenen Nacht gegen 12 Uhr der Schuhmacher Otto Lieberher aus der Badenier Straße von mehreren Kommunisten überfallen und derart mißhandelt, daß er in das Krankenhaus Roßbit gebracht werden mußte. Einer der Täter, der 29jährige Kuischer Friedrich Perste aus der Stephanstraße, der Mitglied des Roten-Front-Kämpferbundes ist, wurde festgenommen und ebenfalls der Abteilung I.A. überwiesen.

Explosion eines Leimofens.

Eine folgenschwere Explosion ereignete sich heute vormittag kurz vor 9 Uhr im Norden Berlins, in den Tischlerwerkstätten der Firma Pflüger, Gartenstraße 52. Hierbei wurde ein Lehrling lebensgefährlich und zwei Tischlergesellen durch Brandwunden verletzt. Wie üblich, war morgens unmittelbar nach Arbeitsantritt der Leimofen angeheizt worden. Gegen 9 Uhr erfolgte plötzlich unter lautem Knachen eine Explosion, die den Leimofen in viele Stücke auseinandersprengte. Gleichzeitig schoß eine große Stachlamme hervor. Drei gerade in dem Raum Beschäftigte konnten sich leider nicht mehr rechtzeitig in Sicherheit bringen. Der 17jährige Lehrling Hans Rempusjewski aus der Hochstraße 10 erlitt schwere Brandwunden am ganzen Körper. R. wurde in das nahegelegene Bazarstrassenkrankenhaus geschafft, wo er sehr bedenklich darniederliegt. Der 18jährige Tischler Willi Kupat aus der Neuen-Hochstraße 37 zog sich Brandwunden am Rücken und im Gesicht zu. Der 35jährige Tischler Willi Graeh aus der Kaminstr. 1 erlitt Brandwunden an der Brust und im Gesicht. Die beiden Verletzten wurden zur nächsten Rettungstelle gebracht, wo ihnen Notverband angelegt wurden. Die Feuerwehr, die herbeigerufen wurde, löschte den Brand, der sich auf die ganze Tischlerei auszubreiten drohte, in kurzer Zeit. Sofort angelegte Untersuchungen über die Ursache der Explosion haben ergeben, daß vermutlich durch größere Roststellen an den Röhren die Explosion hervorgerufen wurde.

Stille und sein Fridericus.

Die Berliner Verlagsbuchhandlung F. Stille hat bekanntlich eine Art Monopol für den Bahnhofsbuchhandel. Sie hat ihre Stände auf allen Berliner Bahnhöfen der Reichsbahn und auch der Untergrundbahn. Andere Buchhändler dürfen infolgedessen auf den Bahnhöfen und Bahnsteigen nicht verkaufen. Herr Stille scheint nun aber eine besondere Vorliebe für politische und deutschnationale Zeitungen zu haben, und in herzlicher Liebe scheint er (oder etwa nur die Verkäufer?) der Zeitschrift „Fridericus“ zugezogen zu sein. Die wird, wie auch die „Wahrheit“, fast überall so hingehängt, daß sie niemand übersehen kann. Bei Stille ist man aber auch besonders allem bedruckten Papier zugezogen, das aus dem Hause Scherl kommt. Nicht genug damit, legt man bei Stille auch mit der Firma Scherl demalte Reflektorenstäbe aus. Der nächtliche „Tag“ findet hingebende Pflege bei Stille. Manche Stände sind gewissermaßen mit diesem Papier tapeziert. Hingegen ist die einzige republikanische illustrierte Zeitschrift, die „Illustrierte Reichsbannerzeitung“, das Stielkind und Widchenpudel des Herrn Stille (oder etwa seiner Verkäufer?). Selbst eine kommunistische illustrierte Arbeiterzeitung findet man immer noch besser plaziert. Das alles kann doch kein Zufall sein. Und wenn Herr Stille es meinen sollte, so möchten wir doch die anderen Vertragspartner, die Reichsbahndirektion und die Untergrundbahndirektion, bitten, dafür zu sorgen, daß Herr Stille den „Fridericus“, die „Wahrheit“, den „Tag“ und ähnliche deutschnationale und politische Druckerzeugnisse nicht einseitig fördert. Die Zurücksetzung der republikanischen und sozialistischen Presse muß aufhören, und zwar bald!

„Volk und Zeit“, unsere illustrierte Wochenchrift, und „Der Kinderfreund“ liegen der heutigen Postausgabe bei.

Furchtbares Familiendrama in Nordböhmen

Ein Vater schlachtet seine Kinder und erhängt sich dann.

Böhmisch-Leipa, 26. November. (Eigener Drahtbericht.) Am Donnerstag dieser Woche spielte sich in der nordböhmisches Gemeinde Graber bei Böhmisch-Leipa ein furchtvolles Drama ab. In einem Anfall von Wut und Sinnesverwirrung hat der 40 Jahre alte frühere Eisenbahner Franz Kapfer seine sieben Jahre alte Tochter und seinen zweijährigen Knaben mit einem langen Messer regelrecht geschlachtet, indem er den Kindern den Unterleib aufschchnitt. Darauf erhängte sich der Unhold. Vor acht Tagen hatte ihn seine Frau verlassen und sie wollte ihm jetzt auch die beiden Kinder nehmen. Der Gatte aber drohte ihr und erklärte, wenn sie nicht zurückkehre, werde er die Kinder abschlachten. Er zeigte ihr die bereit liegenden beiden großen Küchenmesser, mit denen er tatsächlich die furchterliche Tat ausführte.

Grauenhafte Bluttat einer Mutter.

In Bradwebe wollte eine Frau ihre elfjährige Tochter in einem plötzlichen Anfall geistiger Umnachtung erdrosseln. Auf die flehentlichen Bitten des Kindes ließ die Mutter es jedoch laufen. Dann erdrosselte sie ihre siebenjährige Tochter und ihren 1½jährigen Sohn und nahm sich schließlich selbst das Leben.

Wieder ein Tornado in Amerika. Der nördliche Teil des Staates Arkansas ist von einem Tornado heimgesucht worden. Es wurden über 30 Personen getötet, 50 verletzt und zahlreiche Gebäude zerstört. Vier Personen werden noch vermißt.

Der Reich und seine Ernährung. Ein Lichtbildvortrag des Rändener Volkswirtschaftlers Rudolf Schichold, der unentgeltlich heute, Freitag, den 26. November, abends 8 Uhr, in Kleinen Reizbän, Gartenstraße, stattfinden wird, zeigt, wie man auch mit billigen Rohstoffen unter möglichst reichlicher Ausnutzung ihres Nährgehaltes schmackhafte, vollwertige „Qualitätsnahrung“ bieten kann.

Kommunistisch = deutschnational.

Es war aber nicht so gemeint!

In der Abendausgabe des „Vorwärts“ vom 26. November 1925 brachten wir einen Bericht über eine öffentliche Versammlung in Markgrafspiese, Kreis Teltow, in der der Landtagsabgeordnete Genosse Emil Klodi zur Provinziallandtags- und Kreiswahl sprach. In der Distinktion trat auf der Redner der kommunistischen Partei ein Herr Bresslem auf, der folgende Aufforderung an die Versammlung richtete: „Wer nicht kommunistisch wählt, wähle deutschnational.“ Diese Festnagelung kommunistischer Versammlungspropaganda führte zu einer Pressepolemik zwischen dem Bezirkssekretär Genossen Krüger und der „Roten Fahne“. Diese forderte den Genossen Krüger auf, sie zu verlagen, wenn er noch ein Fünfteln proletarischen Ehrgefühls im Leibe habe. Am Donnerstag, den 25. d. M., fand nun in dieser Sache der Termin vor dem Amtsgericht Berlin-Mitte statt. Nach längerer Verhandlung der Parteien wurde folgender Vergleich geschlossen:

Herr Bresslem erklärt:

„Die von mir am 22. November 1925 in der Versammlung in Markgrafspiese getane Äußerung: „Wer nicht kommunistisch wählt, wähle deutschnational“ ist von mir nicht so gemeint gewesen, wie sie ausgesprochen ist. Die von mir in den beiden Artikeln der „Roten Fahne“ vom 27. und 29. November 1925 gegenüber dem Privatkläger, Herrn Landtagsabgeordneten Krüger (Brandenburg) ausgesprochenen Befeldigungen nehme ich mit dem Ausdruck des Bedauerns zurück.“ Herr Schade erklärt, daß er die in den beiden vorgenannten Artikeln der „Roten Fahne“ getanen Befeldigungen gleichfalls mit dem Ausdruck des Bedauerns zurücknimmt. Die Privatbeteiligten, die Herren Bresslem und Schade, verpflichten sich, ihre vorstehenden Erklärungen binnen einem Monat, von heute ab gerechnet, auf ihre Kosten einmal in der „Roten Fahne“, Ausgabe A (Zentralorgan) und B, zu veröffentlichen. Die Beklagten übernehmen die gesetzlichen Kosten des Verfahrens.

Für den nichtanwesenden Beklagten Schade behält sich dessen Verteidiger den Widerruf des Vergleichs, soweit er Schade betrifft, bis zum 19. Dezember d. J. vor.“

Durch den Vergleich ist gerichtlich festgestellt worden, daß der kommunistische Redner in öffentlicher Versammlung aufgefordert hat, deutschnational zu wählen, wenn man glaubt, nicht kommunistisch wählen zu können. Der an diesen Auspruch im Vergleich anschließende Satz, daß die Aufforderung nicht so gemeint war, wie sie ausgesprochen worden ist, ist ein kläglicher Rückzug und bedeutet für den kommunistischen Redner ein Armutszeugnis, wie man es schlimmer kaum erwarten kann. Jedenfalls ist durch die Verhandlung vor Gericht festgestellt worden, daß unsere Partei richtig handelte, als sie seinerzeit die Listenverbindung mit der KPD ablehnte, weil mit einer Organisation, die öffentlich auffordert, deutschnational zu wählen, unmöglich gemeinsame Sache gemacht werden kann. Unsere Parteigenossen im Lande werden aus diesem Vergleich die notwendigen Lehren zu ziehen wissen.

Raubüberfall am hellen Tage.

1 800 Mark erbeutet.

Ein ungemein dreister Raubüberfall, der am hellen Tag in der Nähe des Alexanderplatzes verübt wurde, beschäftigt die Kriminalpolizei. In einer Beßelgroggbandlung war um die Mittagszeit ein Angestellter allein im Kontor bei seiner Arbeit. Da ging um 12½ Uhr die Tür ein Hausflur auf, ohne daß angeklopft worden wäre und herein traten zwei fremde Männer, die sofort auf den Angestellten losstürzten. Unter der Drohung, daß sie ihn „töt machen“ würden, wenn er nur ein Wort laut werden lasse, schlugen sie eine Pistole auf ihn an, steckten ihm einen Knebel in den Mund, warfen ihm ein Tuch über den Kopf und banden ihn mit einer Schnur an den Stuhl, auf dem er saß. Nachdem dieses blitzschnell geschehen war, kamen vom Flur her zwei weitere Männer in das Kontor, durchsuchten die Verhältnisse und raubten aus einer Kassetten etwa 1 000 Mark in barem Gelde und 800 Mark in Schecks. Nachdem sie sich mit der Beute entfernt hatten, gingen auch die beiden ersten, die den Knebeln und Befesseln in Schach gehalten hatten, unter wiederholten Drohungen davon. Als so die Gefahr vorüber war, benachrichtigte der Ueberfallene durch den Fernsprecher andere Angestellte, die sich im Bogerraum aufhielten und diese machten der Polizei Mitteilung. Die Räuber aber waren unterdessen bereits verschwunden, und man hat bisher noch keine Spur von ihnen gefunden. Die beiden ersten sind etwas 20 bis 30 Jahre alt und mittelgroß, der eine trug einen braunen, der andere einen

schwarzen Paletot. Auf die Ermittlung und Ergreifung der Verbrecher ist eine Belohnung ausgesetzt. Mitteilungen an Kriminalkommissar Werneburg, den Leiter des Raubdezernats, im Zimmer 80 des Polizeipräsidentiums.

40 000 Mark gerettet.

Durch eine kleine Vergeßlichkeit.

Eine kleine Vergeßlichkeit ist dem Inhaber eines Pelzwarengeschäftes in der Riederwallstraße sehr zustatten gekommen. Am Sonnabend Abend bei Geschäftsschluß ließ er im Kontor einen wichtigen Brief liegen, den er am nächsten Tage unbedingt brauchte. So war er gezwungen, mittags das Geschäft aufzusuchen und erwiderte jetzt, daß in der Nacht Einbrecher dagewesen waren.

Sie hatten mit Nachschlüsseln und Stemmeisen gearbeitet und für 40 000 M. Pelzwaren in Säcke gepackt. Nur einen kleinen Posten hatten sie gleich mitgenommen, die großen vollen Säcke aber noch liegen gelassen. Sie wollten jedes Aufsehen vermeiden und schafften deshalb die nachts bereitgelegte Beute mit der größten Dreistigkeit erst am nächsten Morgen weg, vor den Augen der Hausbewohner und sogar der Angestellten der bestohlenen Geschäfte, die sie für Arbeiter anderer Betriebe hatten. Um die Verbrecher zu fassen, legten sich Kriminalbeamte des zuständigen Reviers und ein Bewohner des Hauses in der Nacht zum Montag auf die Lauer. Als sich in den Morgenstunden die Straße zu beleben begann, erschien ein Mann in der Tracht eines Hausdieners, tat, als ob er auf das Grundstück gehöre und versuchte, die Tür zu dem Pelzwarengeschäft aufzuschließen. Er wurde ergriffen und als ein 44 Jahre alter Mendel Lewin von den benachrichtigten Beamten der Dienststelle B. 5 festgestellt, der den Konfessionenbruch gewerbsmäßig betreibt. Ein Auto, das auf dem Spittelmarkt hielt, ohne Zweifel mit den Komplexen Lewins, fuhr rasch davon, als der „Hausdiener“ mit den Pelzsäcken ausstieg. Die Dienststelle B. 5 aber wußte ohnehin schon, mit wem Lewin zusammenarbeitete. Sie hatte ihn und seine Kolonne schon länger beobachtet, sie aber noch nicht überführen können. Die beiden Helfershelfer des Ertappten, ein 56 Jahre alter Max Schmidt mit dem Spitznamen „Millionenmager“ und ein 52 Jahre alter Arthur Dirks, wurden gestern ermittelt und ebenfalls festgenommen. Alle drei leugnen den Einbruch, wurden aber von verschiedenen Zeugen wieder erkannt als die Männer, die sich verdächtig in der Gegend aufgehalten haben. Lewin behauptet, er habe keine Beute holen, sondern nur eine Gelegenheit zum Einbruch „ausbahowern“ wollen. Zu diesem Zwecke habe er sich in den frühen Morgenstunden bereits auf zehn Grundstücken der Gegend umgesehen. Alle drei wurden dem Untersuchungsrichter vorgeführt.

Das Volksfest des Reichsbanners.

Für das Volksfest, das das Reichsbanner am Sonntag nachmittag ab 3 Uhr als Abluß seiner Berliner Werbeweche in der neuen Funkhalle am Kaiserdamm veranstaltet, steht jetzt das Programm fest; eine Reihe führender republikanischer Persönlichkeiten hat bereits sein Erscheinen zugesagt. Ferner sind Vorführungen der Sport- und Turnkriegen des Reichsbanners sowie des Röhnrades vorgesehen, das bekannte Berliner Ullrich wird seine humorvollen Darbietungen zum Vortrag bringen, Alfred Becker hat gleichfalls seine Mitwirkung zugesagt. Zwei Kapellen werden die Vorführungen durch Konzertsätze begleiten und auch zum Tanz aufspielen. Der billige Eintrittspreis (90 Pf. im Vorverkauf) wird es allen Republikanern ermöglichen, an diesem Fest teilzunehmen.

Für die Republik!

Der Kreisverein Kreuzberg des Reichsbanners setzte gestern seine Werbearbeit fort. Ein gut gelungener Umzug mit Fackeln durch den Süden seines Bezirks und eine Schlachtkundgebung am Halleischen Tor, wo Kamerad Beris zu den Versammelten sprach, brachte eine Reihe neuer Mitglieder. Auch die Kreisvereine Mitte und Schöneberg veranstalteten im Bereiche ihres Bezirks Werbeumzüge, die einen guten Besuch aufwiesen. Der Kreisverein Tiergarten hat nach einem Fadelzug und einer Kundgebung, in der Kamerad Franz v. Püttlamer sprach, eine sehr wirkungsvolle Propagandafahrt der Abfahrerabteilung veranstaltet. 60 Kameraden führen mit festlich geschmückten Rädern durch die Straßen des Bezirks; Werbeplakate und Fahnen an ihren Rädern warben für das Reichsbanner. Diese eigenartige Propaganda fand beifällige Aufnahme im Publikum. — Im Nordosten Berlins, im Bezirk Prenzlauer Berg, traten am Mittwoch Abend 300 Reichsbannerkameraden mit ihrer Kapelle zu

J. Baer, Berlin N20

Badstraße 26, Ecke Prinzenallee

Neuheiten

für **Herbst und Winter**

in **Herren- u. Knabenmoden**

Fertig und nach Maß

Joppen und Schlafröcke

Sport- und Berufskleidung

Trotz billiger Preise nur Qualitätsware



Betten

Deckbetten	12.-	24.-	41.-	55.-
Unterbetten	10.-	18.-	32.-	43.-
Kopfkissen	4.-	7.-	12.-	19.-
Stoppdecken	13.-	15.-	18.-	20.-
Daunendecken	48.-	60.-	86.-	93.-
Metallbetten	15.-	18.-	22.-	27.-
3tlg. Matr. u. Kellk.	15.-	18.-	24.-	28.-

Bettenhaus A. Schonert
Oranienstraße 12 - Eckhaus Heinrichplatz

Küchen

jetzt bedeutend billiger

Erika-Küchen	mit	smalziert
40 K.	70 K.	
Asiatische-Küche	70 K.	110 K.
Asiatische-Küche Berlin	95 K.	145 K.
Asiatische-Küche Bremen	125 K.	175 K.
Küchenschrank, 90 cm	35 K.	
smalziert	50 K.	

Ausstellung feiner rheinischer Küchen.
Küchenmöbel-Haus
Laserstein, Luckauer Straße 1
Ecke Oranienstr., nahe Moritzplatz

Metallbetten

Stahlmatratzen, Kinderbetten, glatte in Preis.
Kat. 650 jr. Eisenmöbelwerk Suhl Thür.

Kaufen Sie:

Teppiche, Tisch- u. Diwandecken Gardinen

nur bei uns im

Spezialgeschäft

Sie werden kulant, aufs beste und außerordentlich billig bedient.

Enorme Auswahl erstkl. Fabrikate

Ohne Aufschlag liefern wir die Ware sofort bei Anzahlung und bequemen Ratenzahlungen

Sächsisches Gardinen- u. Einrichtungs-Haus
nur Neukölln, Hermannstr. 32

Reinleinen Handtuch 55 Pf.
ca. 46x100 cm groß, gute, kräftige Qualität, gestickt und gebändert... Stück

Kissenbezug aus gutem, weißem Cretonne mit Knöpfen u. Knopflöchern... Stück 75 Pf.

Besonders preiswert!

Pullover-Stoffe entstickende neue Muster in riesengroßer Auswahl... Meter 95 Pf.

Konfektion

Popeline-Kleid, reine Wolle, vorzügliche Qualität, in den neuesten Farben... 12.95

Velours de laine-Mantel weiche, gute Qualität mit Fellschnitt und Kragen... 22.50

Eine besondere Leistung!

Künstler-Garnitur 3 teilig, gewebt Tüll... Fenster 1.95

Scheiben-Schleier 48 Pf.
Eramine-Hohlsaum mit Spitze... Paar

Unser Schlager!

Weißer Mohlsaum-Taschentücher für Damen, vorzügliche Qualität... 2 Stück 25 Pf.

Bunt karierte Herrentücher indianen gefärbt, 3 Stück 50 Pf.



Gedr. A.-G. Swinemünder Straße 86

So billig!

Damen-Gummischürzen schön garniert... Stück 1.25 95 Pf.

Einmaliges Angebot!

Weißer Servier-Schürzen teilweise mit Latz... Stück 1.05, 95 Pf. 50 Pf.

Damen-Hemd hose mit Stickerei-Motiv und Klappelplisse... Stück 1.65

Damen-Träger-Hemd gute Qualität, mit Stickerei... Stück 95 Pf.

Vorgezeichnete Kissen schwarz oder braun Hüpe... Stück 50 Pf.

Kinder-Nähkörbchen geflochten und mit Satin-Garnierung... Stück 95 Pf.

3 ULTIMO-TAGE

Wir bringen während der 3 Ultimo-Tage ganz besonders preiswerte Angebote, die sich schon jetzt zum Einkauf für das Weihnachtsfest eignen.

Oberhemd	aus Perkal, gestickte Brust, 1 steifer u. 1 weicher Kragen	5.90
Oberhemd	weiss, m. kariertem Halsteinsatz und Klappmansch	6.90
Binder	reine Seide, neueste Muster	1.25
Herren-Hut	in vielen Farben	2.90
Herren-Hut	moderne Formen	3.90
Damen-Schirm	Top-Form, gute Halbtseide	6.90

Kleiderstoffe

Wollmuffel	95 Pf.
Crêpe marocain	1.65
Wollstoffe	2.60
Messaline	2.25
Kunstseid. Trikot	2.45
Colienne	3.45
Sportflanell	58 Pf.
Veloursbarchent	72 Pf.
Küchenhandtuch	68 Pf.
Rolltuch	95 Pf.

Damen-Bekleidung

Jumper	Jumper- und Hemdform aus dunklen und hellen Barchentstoffen	2.60 3.95 4.95
Pullover	aus Kunstseide in vielen Farben	5.90 7.90 11.75
Wollkleider	aus re. Popelinstoffen mit farbigen Kragen u. Stickerei	12.50 15.75 18.50
Wintermäntel	pa. Velours de laine-Stoffe, viele Farben	19.75 24.50 29.50
Wintermäntel	eleg. Form, pa. Velours de laine, Fellschnitt, ganz gefüt.	37.50 42.75 47.50

Knaben-Joppen für das Alter v. 8-8 Jahr, mit warmem Futter, für das Alter v. 3 Jahren 3.95
Jede weitere Größe 75 Pf. mehr

Tricotagen und Strumpfwaren

Damen-Hemd hose	95 Pf.	Einfachhemden	1.95
Damen-Schlüpfer	1.75	Herren-Soften	45 Pf.
Herren-Hemden	2.45	Damen-Strümpfe	58 Pf.

Schuhwaren

Stopp-Hauschuhe	1.90	Lat-Spangenschuhe	10.90
Umschlagschuhe	2.45	Halbschuhe	10.50
Spangenschuhe	7.90	Herren-Stiefel	15.50

Tafelservice	21.50
Traubenspüler	8.75
Kompotteller	2.85
Waschgarnituren	9.75
Wassereimer	1.90

Krümelschaufeln	3.75 4.25
Tortenplatten	2.85 3.50
Brot Schneidemaschinen	4.50
Klaviersessel	9.50
Rauchtisch	19.50

Tresor	65 Pf.
Taschenmaniküre	65 Pf.
Besuchstasche	90 Pf.
Taschenkamm	65 Pf.
Christbaumbeleuchtung	13.50

Taschentücher	95 Pf.
Taschentücher	1.25
Taschentücher	70 Pf.

Echt Silberbesteckteile 1.45
803 geiselpolt, Tortenheber, Buttermesser, Käsemesser, Fleischgabeln usw. ... Stück

Gardinen

Scheibengardinen	42 Pf.	Woll	90 Pf.
Scheibengardinen	40 Pf.	Etamin	30 Pf.

Freitag
Sonnabend
Montag

HERMANN TIETZ

FRANKFURTER ALLEE